

FAQ

Schule im Herbst 2020

Stand: 7. Dezember 2020

INHALTSÜBERSICHT

SCHULBETRIEB AB DEM 7. DEZEMBER 2020	4
Wann startet der Schulbetrieb? (Update 07.12.2020)	4
In welcher Form findet der Unterricht statt? (Update 07.12.2020)	4
Finden die Unterrichtsgegenstände Bewegung und Sport, Musikerziehung, Werken sowie Ernährung und Haushalt statt? (Update 07.12.2020)	4
Dürfen unverbindliche Übungen und Freigegegenstände stattfinden? (Update 07.12.2020)	5
Ist der Betrieb von Schulbuffets und externen Caterings für SchülerInnen weiterhin gestattet?	5
Wann ist ein Mund-Nasen-Schutz (MNS) in den Schulen zu tragen? (Update 07.12.2020)	5
Muss im Konferenzzimmer ein MNS getragen werden? (Update 07.12.2020)	6
Kann SchülerInnen die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht erteilt werden bzw. kann die Verpflichtung zum Tragen eines MNS eine solche Erlaubnis begründen? (Update 07.12.2020)	6
Müssen Personen am Schulstandort, die nicht an den Massentestungen teilgenommen haben, im Schulgebäude FFP2-Masken tragen? (Update 07.12.2020)	6
Dürfen Lehrpersonen auch weiterhin an mehreren Schulstandorten eingesetzt werden? (Update 07.12.2020)	7
Welche Regelungen gelten für die Sekundarstufe II ab 7. Dezember 2020? (Update 07.12.2020)	7
Welche Regelungen gelten für die Leistungsfeststellung? (Update 07.12.2020)	7
Welche Möglichkeiten haben Schulen, alternative Räumlichkeiten außerhalb des Schulgebäudes zu nutzen? (Update 07.12.2020)	8
HYGIENE- UND PRÄVENTIONSVORKEHRUNGEN	9
Muss an jeder Schule ein Krisenteam eingerichtet werden? Wie setzt sich dieses zusammen?	9
Welche Aufgaben hat das Krisenteam?	9
Müssen die Kontaktdaten (Email, Telefonnummer etc.) von LehrerInnen, SchülerInnen, Erziehungsberechtigten und Verwaltungspersonal in der Schule aufliegen? Wenn ja, ist dies datenschutzrechtlich zulässig?	9
Wird es für MitarbeiterInnen im Krisenteam eine Entlohnung geben?	9
Wann gilt ein Kind als „krank“ und soll vom Unterricht fernbleiben?	10
Wann liegt ein Verdacht auf COVID-19 vor?	10
Wie ist mit Verdachtsfällen an einer Schule umzugehen?	10
Darf eine Schule einen negativen „Coronatest“ verlangen?	11
An wen können sich Schulen bei Fragen zum Krisenmanagement wenden?	11

Welche Hygienebestimmungen gelten im Schuljahr 2020/2021? Welche Ampelfarbe gilt?	11
Wie funktioniert richtiges Lüften im Schulalltag?	11
Gilt die von der Gesundheitsbehörde für eine Region festgelegte Ampelfarbe immer automatisch auch für die Schulen im betroffenen Bezirk?	12
Wie erfahre ich von der Änderung des Ampelstatus für meine Schule?	12
Kann die Schule selbst eine andere Ampelfarbe anordnen und damit die Präventionsmaßnahmen verschärfen?	13
Wann ist ein Mund-Nasen-Schutz (MNS) in den Schulen zu tragen? (Update 07.12.2020)	13
Dürfen an der Schule Gesichtsvisiere an Stelle eines MNS getragen werden?	13
Muss im Konferenzzimmer ein MNS getragen werden? (Update 07.12.2020)	13
Gibt es für SchülerInnen Ausnahmen von einer allfälligen Verpflichtung, einen MNS zu tragen? ..	14
Wie ist mit SchülerInnen umzugehen, die ohne Vorlage eines ärztlichen Attests das Tragen eines MNS verweigern?	14
Wie ist mit sonstigen Personen (Lehrpersonen, Schulpersonal, schulfremde Personen) umzugehen, die das Tragen eines MNS verweigern?	14
Müssen unseriöse ärztliche Atteste anerkannt werden?	14
Wie ist mit ausländischen Attesten umzugehen?	15
Wie soll mit Schreiben/E-Mails mit dem Betreff „Verfassungsgerichtshof“ umgegangen werden? (Update 07.12.2020)	15
Wie ist mit Schreiben bzw. Formularen von Erziehungsberechtigten umzugehen, denen zufolge in gewisse Maßnahmen (Tragen von MNS, Testungen, medizinische Behandlung,...) nicht eingewilligt wird?	15
Was versteht man unter dem Prinzip „Klasse als Haushaltsgemeinschaft“?	16
Müssen die Oberflächen in der Klasse und den Sonderunterrichtsräumen nach Unterrichtsende desinfiziert werden?	16
Welche Schulen nehmen an der „Gurgelstudie“ teil?	16
Wo finde ich Informationsmaterial und Vorlagen (Plakate, Checklisten etc.), die für die Schulen geeignet sind?	17
Was ist bei der Schulraumüberlassung an Externe zu beachten? Dürfen etwa Vereine die Turnsäle benützen?	17
PERSONALEINSATZ	18
Welche Grundsätze gelten für den Lehrpersonaleinsatz?	18
Welche Lehrpersonen können für die Beschulung eingesetzt werden?	18
Welche Atteste sind vorzulegen?	19
Wie ist damit umzugehen, wenn die Schulleitung, Abteilungsvorstellung, Fachvorstellung oder eine Bundeslehrperson mit administrativen Aufgaben zur COVID-19-Risikogruppe gehören?	19
Können schwangere Kolleginnen eingesetzt werden? (Update 07.12.2020)	20
Welche Lehrkräfte bekommen eine FFP2-Maske zur Verfügung gestellt? (Update 07.12.2020)	20
Können Schulen Fieberthermometer für die Abklärung der Verdachtsfälle bestellen? (Update 07.12.2020)	20

Dürfen Lehramtsstudierende an Schulen ihre pädagogisch-praktischen Studien absolvieren?	21
Kann eine behördlich abgesonderte Lehrperson, die nicht krank ist, zur Dienstverrichtung im Homeoffice herangezogen werden?	21
UNTERRICHTSALLTAG	22
Dürfen Erziehungsberechtigte ihre Kinder in die Schule begleiten?	22
Gestaffelter Einlass: Ist auch weiterhin ein gestaffelter Unterrichtsbeginn möglich?	22
Wie können Pausen gestaltet werden?	22
Ist ein Unterricht in Bewegung und Sport möglich? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?	22
Ist ein Unterricht in Musikerziehung möglich? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?	22
Findet Religionsunterricht wie bisher statt?	22
Kann ein „Tag der offenen Tür“ durchgeführt werden?	23
Findet auch in den Ampelphasen „ORANGE“ und „ROT“ eine Nachmittagsbetreuung in der GTS statt?	23
Ist eine Abmeldung vom Betreuungsteil einer ganztägigen Schulform derzeit möglich? (Update 07.12.2020)	23
UNTERRICHTSORGANISATION	24
Welche Schülerinnen und Schüler gehören einer Risikogruppe an?	24
Wie ist mit Schülerinnen und Schülern umzugehen, die der Risikogruppe angehören?	24
Wenn mein Kind nicht den Unterricht besucht, wie kommt es zum Stoff, den mein Kind lernen soll?	24
Kann ich mein Kind im kommenden Schuljahr auch wieder vom Unterricht abmelden?	24
Wann wird auf Distance Learning umgestellt?	24
Wann darf in der Sek II ab 07.12.2020 noch Präsenzunterricht stattfinden? (Update 07.12.2020) ..	25
Haben SchülerInnen, die sich in Quarantäne befinden, einen Anspruch auf Distance-Learning? ..	25
Wird ein eingeschränkter Präsenzbetrieb bzw. Betreuung angeboten, wenn auf Distance Learning umgestellt wird?	25
Können Schulveranstaltungen stattfinden? (Update 07.12.2020)	26
Was sind berufspraktische Tage und dürfen diese durchgeführt werden?	26
Welche Regelungen sind bezüglich der Durchführung der Individuellen Berufsorientierung gem § 13b SchUG einzuhalten?	26
Können Maturabälle stattfinden?	26
Unter welchen Bedingungen ist die Stornierung von Schulveranstaltungen möglich?	26
Können KEL- bzw. SEL-Gespräche, Bewertungsgespräche, Elternsprechtage und -abende stattfinden?	27
Wie sieht der Umgang mit Konferenzen und schulpartnerschaftlichen Gremien aus? (Update 07.12.2020)	27
Welche externen Angebote sind möglich bzw. wer gilt als schulfremde Person?	28

SCHULBETRIEB AB DEM 7. DEZEMBER 2020

Wann startet der Schulbetrieb? (Update 07.12.2020)

Für Volksschulen, Mittelschulen, Polytechnische Schulen und AHS-Unterstufen startet der Präsenzunterricht am 7. Dezember 2020.

Die Abschlussklassen in der Sekundarstufe II befinden sich ebenso ab 7. Dezember 2020 zur Gänze im Präsenzunterricht. Alle weiteren Klassen der Sek II verbleiben weiter im Distance-Learning.

Ausgenommen sind aber jene Schulen, an denen der 7. Dezember 2020 schulautonom frei ist. Diese Schulen starten erst mit Mittwoch, 9. Dezember 2020 wieder mit dem Präsenzunterricht.

In welcher Form findet der Unterricht statt? (Update 07.12.2020)

In den Volksschulen, Mittelschulen, Polytechnischen Schulen und den AHS-Unterstufen findet der Präsenzunterricht wie gewohnt nach regulärem Stundenplan statt.

Die Sonderschulen setzen den Präsenzunterricht weiter fort. SchülerInnen an Sonderschulen kann jedoch die Erlaubnis zum Fernbleiben aus wichtigen Gründen erteilt werden, wenn sich diese aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht in der Lage sehen, am Unterricht teilzunehmen.

Auch die Abschlussklassen Sekundarstufe II setzen den Präsenzunterricht laut Stundenplan fort. Alle weiteren Klassen verbleiben im Distance-Learning. Es besteht jedoch die Möglichkeit, maximal 25% aller SchülerInnen der Sekundarstufe II zeitgleich an den Schulstandort zu holen. Für gezielte Vorbereitungen auf Schularbeiten sowie deren Durchführung im Präsenzunterricht kann dieser Anteil auch 50% betragen.

Finden die Unterrichtsgegenstände Bewegung und Sport, Musikerziehung, Werken sowie Ernährung und Haushalt statt? (Update 07.12.2020)

Bewegung und Sport:

Der Sportunterricht soll, wenn immer dies möglich ist, im Freien stattfinden. Erfolgt der Sportunterricht in geschlossenen Räumen, ist der Unterricht auf Koordinations-, Kräftigungs- und Beweglichkeitsaufgaben mit maximal mittlerer Herz- Kreislaufbelastung und Atemfrequenz zu beschränken. Beim Sportunterricht in geschlossenen Räumen ist zudem ein Sicherheitsabstand von 2 Metern einzuhalten. Kontaktsportarten sind jedenfalls untersagt.

Ist das Umziehen nicht unter Einhaltung eines Abstandes von 2 Metern möglich, ist der Unterricht in Straßenkleidung durchzuführen. Das Tragen eines MNS ist während des Sportunterrichts nicht erforderlich.

Musikerziehung:

Singen und Musizieren mit Blasinstrumenten ist im Präsenzunterricht untersagt. Eine gemeinsame Nutzung von Instrumenten durch Lehrkräfte und SchülerInnen ist nach Möglichkeit zu vermeiden, ansonsten sind sowohl vor als auch nach dem Gebrauch die Hände zu waschen oder zu desinfizieren.

Werkunterricht bzw. Fachpraktischer Unterricht:

Auch dieser darf unter strenger Einhaltung der Hygienebestimmungen stattfinden.

In der Sekundarstufe II können Unterrichtseinheiten, die in Distance-Learning nicht durchführbar sind, unter Einhaltung der jeweiligen Vorgaben geblockt in Präsenz abgehalten werden. Dabei ist darauf zu achten, dass der Unterricht nur in Räumlichkeiten durchgeführt werden darf, in welchen das erforderliche Platzangebot vorhanden ist. In Werkhallen/Sälen können auch mehrere Kleingruppen gleichzeitig unterrichtet werden.

Ernährung und Haushalt:

Der Unterricht in Ernährung und Haushalt kann weiterhin stattfinden. Es ist aber besonders darauf zu achten, dass alle geltenden Hygienebestimmungen eingehalten werden können.

Dürfen unverbindliche Übungen und Freigegegenstände stattfinden? (Update 07.12.2020)

In der Sekundarstufe I und in Abschlussklassen der Sekundarstufe II (Präsenzunterricht) haben festgelegte unverbindliche Übungen und Freigegegenstände wie geplant stattzufinden.

In Nicht-Abschlussklassen der Sek II müssen diese in der Ampelfarbe „ORANGE“ grundsätzlich entfallen. Freigegegenstände und Unverbindliche Übungen können aber auch im ortsungebundenen Unterricht stattfinden, wenn diese

- zur Vorbereitung, Zulassung oder Ablegung von abschließenden Prüfungen notwendig sind oder
- dem Erwerb von Berufsqualifikationen oder Zertifikaten sowie auf Prüfungen gem. Universitätsberechtigungs-VO dienen oder
- zumindest teilweise durch Mittel des Europäischen Sozialfonds finanziert werden.

Unterrichtseinheiten, die im ortsungebundenen Unterricht nicht durchgeführt werden können, können in den möglichen Präsenzphasen geblockt nachgeholt werden.

Ist der Betrieb von Schulbuffets und externen Caterings für SchülerInnen weiterhin gestattet?

Ja, dieser ist weiterhin möglich.

Wann ist ein Mund-Nasen-Schutz (MNS) in den Schulen zu tragen? (Update 07.12.2020)

Für Volks- und Sonderschulen gilt:

Das verpflichtende Tragen eines MNS gilt nur außerhalb der Klassen- und Gruppenräume.

Die Schulleitung oder die Schulbehörde kann jedoch in Bezirken mit hohem Infektionsgeschehen vorübergehend das Tragen eines MNS anordnen.

Ab der Sekundarstufe I gilt:

Alle Personen, Lehrpersonen sowie SchülerInnen, die sich im Schulgebäude aufhalten, sind verpflichtet im gesamten Schulgebäude (auch innerhalb der Klassen und am Sitzplatz) einen MNS zu tragen.

Ein MNS muss den Mund und die Nase nicht nur abdecken, sondern auch eng anliegen. Auch Schals und Tücher sind ausreichend, sofern diese eng anliegen. Die Verwendung von Gesichtsvisieren (Face-Shields bzw. Mini-Face-Shields) ist jedenfalls unzulässig.

An einer Lösung für Lehrpersonen im Unterricht von Hörbeeinträchtigten wird von Seiten des BMBWF gearbeitet.

Bei Verweigerung des Tragens siehe Seite 13.

Muss im Konferenzzimmer ein MNS getragen werden? (Update 07.12.2020)

Ja, ab der Ampelfarbe „ORANGE“ gilt die Verpflichtung zum Tragen eines MNS uneingeschränkt.

Es gibt keine Ausnahmen mehr für Konferenzzimmer bzw. Räumlichkeiten, die Lehrpersonen und MitarbeiterInnen der Schulverwaltung vorbehalten sind. Davon kann auch dann nicht abgesehen werden, wenn der Mindestabstand eingehalten werden kann.

Bei Verweigerung des Tragens siehe Seite 13.

Kann SchülerInnen die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht erteilt werden bzw. kann die Verpflichtung zum Tragen eines MNS eine solche Erlaubnis begründen? (Update 07.12.2020)

Ja, auf Ansuchen kann die Schulleitung SchülerInnen, welche sich aus sonstigen, mit der COVID-19 Pandemie in Zusammenhang stehenden Gründen, nicht in der Lage sehen, am Unterricht teilzunehmen, die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht aus wichtigen Gründen gemäß § 9 Abs. 6 SchPflG bzw. § 45 Abs. 4 SchUG erteilen. Die gegenwärtige Situation kann als außergewöhnliches Ereignis im Leben von SchülerInnen oder deren Familien qualifiziert werden.

Jene SchülerInnen haben jedoch kein Recht auf „Distance-Learning“. Diese müssen selbstständig, den versäumten Lehrstoff nachholen. Wenn die Erlaubnis zum Fernbleiben erteilt wird, ist die Teilnahme an Leistungsfeststellungen sowie Leistungsbeurteilungen nicht gestattet. Sollte sich am Ende des Schuljahres eine sichere Leistungsbeurteilung nicht treffen lassen, so sind Feststellungsprüfungen nach § 20 Abs. 2 SchUG abzuhalten.

Für schulpflichtige SchülerInnen gilt:

Gemäß § 9 Abs. 6 SchPflG kann die Schulleitung die Erlaubnis zum Fernbleiben aus begründetem Anlass höchstens für eine Woche erteilen. Die Erlaubnis zu einem längeren Fernbleiben (länger als eine Woche) darf nur die Schulbehörde (Bildungsdirektion für Oberösterreich) erteilen.

Für nicht mehr schulpflichtige SchülerInnen gilt:

Gemäß § 45 Abs. 4 SchUG kann die Schulleitung die Erlaubnis zum Fernbleiben aus wichtigen Gründen erteilen.

Solche Ansuchen, sind im laufenden Schuljahr nur einmal gestattet.

Müssen Personen am Schulstandort, die nicht an den Massentestungen teilgenommen haben, im Schulgebäude FFP2-Masken tragen? (Update 07.12.2020)

Nein, das verpflichtende Tragen einer FFP2-Maske ist nicht vorgesehen.

Das BMBWF empfiehlt aber aus Solidaritätsgründen den Kolleginnen und Kollegen gegenüber, eine FFP2-Maske zu tragen, wenn der eigenen Infektionsstatus unbekannt ist.

Dürfen Lehrpersonen auch weiterhin an mehreren Schulstandorten eingesetzt werden?

(Update 07.12.2020)

Ja, dies gilt sowohl im Präsenzunterricht, als auch im Distance-Learning.

Im Distance-Learning unterrichten Lehrpersonen weiterhin entsprechend der bestehenden Lehrfächerverteilung. Die vorgesehenen Unterrichtseinheiten werden somit im ortsungebundenen Unterricht abgewickelt.

Welche Regelungen gelten für die Sekundarstufe II ab 7. Dezember 2020? (Update 07.12.2020)

Abschlussklassen befinden sich ab 7. Dezember 2020 wieder im Präsenzunterricht. Es wird dabei empfohlen, die Klassen bei Bedarf und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen auf mehrere Räumlichkeiten aufzuteilen und externe Räumlichkeiten zu nutzen, um den Mindestabstand auch während des Unterrichts einhalten zu können.

Nicht-Abschlussklassen der Sekundarstufe II befinden sich weiterhin im Distance-Learning. Die Schulleitungen können für diese Klassen, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und Verhältnisse, Präsenzphasen einrichten. Dabei sind auch die Höchstgrenzen von max. 25% bzw. 50% und die geltenden Hygienebestimmungen einzuhalten.

Die näheren Ausführungen dazu finden Sie auf Seite 21.

Welche Regelungen gelten für die Leistungsfeststellung? (Update 07.12.2020)

Die Durchführung von Schularbeiten ist ab 7. Dezember 2020 wieder möglich. Voraussetzung dafür ist eine zeitgerechte und intensive Vorbereitung im Unterricht.

Es gilt für alle Schulstufen (auch Abschlussklassen) der Grundsatz, eine Schularbeit im Semester!

Das bedeutet:

- Wenn vor dem 6. Dezember 2020 in einem Pflichtgegenstand bereits eine Schularbeit durchgeführt wurde, darf in diesem keine weitere mehr stattfinden.
Auch in der AHS-Oberstufe, in den BAfEP und in den BASOP ist eine Schularbeit im Semester ausreichend.
- Hat bis zum 7. Dezember in einem Pflichtgegenstand noch keine Schularbeit stattgefunden, kann im restlichen Semester EINE durchgeführt werden.
- Andere schriftliche Leistungsfeststellungen (z.B. Tests) dürfen nach Abstimmung mit der Schulleitung nur dann durchgeführt werden, wenn durch andere Leistungsfeststellungen (z.B. Mitarbeit) keine sichere Beurteilung möglich ist. Eine zweite Schularbeit darf nicht durchgeführt oder durch andere schriftliche Leistungsfeststellungen ersetzt werden.

Werden Schularbeiten durchgeführt, gelten folgende Vorgaben:

- An Volksschulen, Mittelschulen, Polytechnischen Schulen und AHS darf maximal eine Schularbeit pro Tag und maximal zwei Schularbeiten pro Woche durchgeführt werden.
- An BMHS darf pro Tag maximal eine und pro Woche maximal drei Schularbeiten durchgeführt werden.
- Ist die Durchführung dieser EINEN Schularbeit nicht möglich, darf diese auch entfallen. In diesem Fall ist auf andere Formen der Leistungsfeststellung (wie etwa die Mitarbeit) zurückzugreifen.
- In der Sekundarstufe II dürfen auch SchülerInnen von Nicht-Abschlussklassen zur Durchführung einer Schularbeit an die Schule geholt werden.

- Sonderregelung für „Wiederholungsschularbeiten“: Schularbeiten, die vor dem 6. Dezember 2020 durchgeführt wurden und bei denen mehr als die Hälfte der SchülerInnen negativ beurteilt wurden, dürfen erst nach Wiederaufnahme des Präsenzbetriebs wiederholt werden.

Welche Möglichkeiten haben Schulen, alternative Räumlichkeiten außerhalb des Schulgebäudes zu nutzen? (Update 07.12.2020)

Durch eine Gesetzesänderung können Schulerhalter im Einvernehmen mit der Schulleitung unbürokratisch andere oder zusätzliche Gebäude oder Räume bereitstellen. Diese müssen hinsichtlich ihrer baulichen Gestaltung und ihrer Einrichtung den Grundsätzen der Pädagogik und der Schulhygiene sowie den Erfordernissen der Sicherheit im Wesentlichen entsprechen.

Für Rückfragen von Schulerhaltern und Schulen steht in der Bildungsdirektion Herr Martin Berndorfer, BA MA zur Verfügung (0732/7720-15552; martin.berndorfer@bildung-ooe.gv.at).

HYGIENE- UND PRÄVENTIONSVORKEHRUNGEN

Muss an jeder Schule ein Krisenteam eingerichtet werden? Wie setzt sich dieses zusammen?

Ja, jede Schule braucht ein Krisenteam.

Für die Planung und Umsetzung von Hygiene- und Präventionsmaßnahmen, für das unmittelbare Krisenmanagements und die Koordination von Maßnahmen ist primär die Schulleitung verantwortlich. Diese kann sich bei den erforderlichen organisatorischen und pädagogischen Vorkehrungen von einem Team unterstützen lassen. Über die Zusammensetzung entscheidet die Schulleitung selbst.

Mögliche VertreterInnen sind beispielweise Lehrkräfte, Personen aus dem psychosozialen Unterstützungssystem, SchulärztInnen, IT-KoordinatorInnen oder VertreterInnen der Schulerhalter. Jedenfalls eingebunden sollten die Schulpartner werden (Erziehungsberechtigte, SchülerInnenvertreter).

Nähere Informationen finden sich in den COVID-19 Hygiene-, Präventions- und Verfahrensleitlinien für Gesundheits- und Bildungsbehörden des BMBWF und BMSGPK auf Seite 13ff.

Welche Aufgaben hat das Krisenteam?

- Sensibilisierung und Information von Lehrkräften, Verwaltungspersonal, SchülerInnen oder Erziehungsberechtigten über Hygienemaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen
- Dokumentation und Nachverfolgung, zB Aktualisierung der Kontaktdaten, Sitzpläne für Klassen, Dokumentation der Anwesenheit von SchülerInnen, Lehrkräften, externen Personen vorbereiten
- Vorbereitung der Infrastruktur, zB Plakate, Pausenkonzepte, Schulbuffet
- Beschaffung von Hygienemitteln
- Planung des Personaleinsatzes an der Schule
- Organisation des Unterrichts

Nähere Informationen finden sich in den COVID-19 Hygiene-, Präventions- und Verfahrensleitlinien für Gesundheits- und Bildungsbehörden des BMBWF und BMSGPK auf Seite 14ff.

Müssen die Kontaktdaten (Email, Telefonnummer etc.) von LehrerInnen, SchülerInnen, Erziehungsberechtigten und Verwaltungspersonal in der Schule aufliegen? Wenn ja, ist dies datenschutzrechtlich zulässig?

Ja. Für die Speicherung und Verarbeitung dieser Daten gibt es eine rechtliche Grundlage in der C-SchVO 2021, BGBl. II Nr. 384/2020.

Wird es für MitarbeiterInnen im Krisenteam eine Entlohnung geben?

Mit der Krisenteamtätigkeit erfüllen

- Lehrkräfte im Pädagogischen Dienst (pd-Schema) die 23. und 24. Stunde,
- LandeslehrerInnen einen Teil des C-Topfes und
- BundeslehrerInnen im alten Dienstrecht als Teil der nichtunterrichtlichen Tätigkeit

Eine zusätzliche Entlohnung ist in keinem Dienstrecht vorgesehen.

Wann gilt ein Kind als „krank“ und soll vom Unterricht fernbleiben?

Der Schule ist fernzubleiben, wenn aufgrund einer Erkrankung dem Unterricht nicht gefolgt werden kann. Dies gilt in jedem Fall bei allen fieberhaften Erkrankungen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass Eltern ihre Kinder am besten kennen und wissen, wann ihr Kind aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Schule gehen kann.

Wann liegt ein Verdacht auf COVID-19 vor?

Aufgrund der unspezifischen Symptome von COVID-19 ist es schwierig zu differenzieren, ob bei einer Erkrankung von Kindern tatsächlich ein Verdacht auf COVID-19 vorliegt.

Die endgültige Beurteilung, ob unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren ein COVID-19-Verdachtsfall vorliegt, obliegt der Gesundheitsbehörde. Für die medizinische Abklärung stehen die Schulärztin bzw. der Schularzt oder die Hotline 1450 zur Verfügung.

Für Kinder bis zum Ende der 4. Schulstufe gilt:

Kinder mit leichten Symptomen, wie etwa Husten, Schnupfen, Atemwegssymptomen, jeweils ohne Fieber (d.h. Körpertemperatur unter 38°C), müssen nicht der Schule fernbleiben und gelten auch nicht als COVID-19-Verdachtsfall.

Für Kinder ab der 5. Schulstufe und Erwachsene gilt:

Bei dieser Personengruppen ist jedenfalls von einem Verdachtsfall auszugehen, wenn

1. irgendeine Form einer akuten respiratorischen Infektion
2. mit oder ohne Fieber
3. mit mindestens einem der folgenden Symptome vorliegen: Husten, Halsschmerzen, Kurzatmigkeit, plötzlicher Verlust des Geschmacks-/Geruchssinns,
4. sofern es dafür keine andere plausible Ursache gibt.

In diesen Fällen sind die Symptome diagnostisch abzuklären.

Nähere Informationen finden sich in den COVID-19 Hygiene-, Präventions- und Verfahrensleitlinien für Gesundheits- und Bildungsbehörden des BMBWF und BMSGPK auf Seite 18 f.

Wie ist mit Verdachtsfällen an einer Schule umzugehen?

In den COVID-19 Hygiene-, Präventions- und Verfahrensleitlinien für Gesundheits- und Bildungsbehörden des BMBWF und BMSGPK werden auf Seite 21 ff Checklisten für drei Szenarien bereitgestellt:

- *Szenario A – Eine Schülerin/ ein Schüler mit Symptomen ist in der Schule anwesend*
- *Szenario B – Schulpersonal mit Symptomen ist in der Schule anwesend*
- *Szenario C – Die Person mit Symptomen ist nicht in der Schule anwesend*

Diese Checklisten sollten am Schulstandort aufliegen und vor allem dem Krisenteam bekannt sein!

Die Bildungsdirektion ist entsprechend der Checklisten per Mail an meldung@bildung-ooe.gv.at zu informieren.

Darf eine Schule einen negativen „Coronatest“ verlangen?

Nein, grundsätzlich muss darauf vertraut werden, dass SchülerInnen die Schule nur dann besuchen, wenn keine gesundheitsbehördliche Einschränkung verhängt wurde (Absonderungsbescheid).

SchülerInnen zur Vorlage eines solchen Bescheides zu verpflichten (um das Ende der Absonderung zu erfahren), ist gesetzlich nicht vorgesehen. Natürlich sind Sie aber berechtigt, diese Daten zu verarbeiten, wenn Ihnen ein solcher Bescheid freiwillig vorgelegt wird.

Es kann keinesfalls verlangt werden, dass SchülerInnen oder Lehrpersonen einen negativen Test vorlegen, um (wieder) in die Schule kommen zu dürfen.

An wen können sich Schulen bei Fragen zum Krisenmanagement wenden?

Die Bildungsdirektion hat ein Krisen- und Kommunikationsmanagement (KKM) eingerichtet, das in allen Fragen zum Schulbetrieb zur Verfügung steht und auch als Bindeglied zwischen Schule und Gesundheitsbehörden (Bezirksverwaltungsbehörde, Landeskrisenstab) fungiert. Das KKM-Team ist organisatorisch Teil des Landeskrisenstabs, wodurch eine enge Zusammenarbeit mit den öö. Gesundheitsbehörden sichergestellt ist.

Das KKM-Team besteht aus JuristInnen, PädagogInnen, SchulärztInnen und SachbearbeiterInnen. Sie sind von **Montag bis Freitag von 7.30 bis 18.00 Uhr** unter **0 732/7071-4131 oder -4132** erreichbar.

Für dringende Anfragen ist auch eine **Rufbereitschaft** außerhalb der genannten Amtszeiten und am Wochenende eingerichtet: **0664/6007288000**

Allgemeine Anfragen rund um die coronabedingten Besonderheiten im Schulbetrieb können per Mail an kkm@bildung-ooe.gv.at gerichtet werden.

Welche Hygienebestimmungen gelten im Schuljahr 2020/2021? Welche Ampelfarbe gilt?

Die **allgemein gültigen Hygienebestimmungen** sind in jeder Ampelfarbe einzuhalten. Eine Checkliste findet sich in den *COVID-19 Hygiene-, Präventions- und Verfahrensleitlinien für Gesundheits- und Bildungsbehörden des BMBWF und des BMSGPK* auf Seite 17 f.

Das BMBWF geht davon aus, dass zusätzlich zu diesem allgemeinen Hygienestandard je nach Risikobeurteilung der Gesundheitsbehörden **unterschiedlich strenge Präventionsmaßnahmen** an einer Schule erforderlich sind. **Abhängig vom jeweiligen Ampelstatus** einer Region verordnet daher die Bildungsdirektion wöchentlich am Freitagmittag, wenn für eine Schule strengere Präventionsmaßnahmen gelten (gelb, orange, rot).

Die betroffenen Schulen werden von der Bildungsdirektion informiert (per Mail an die offizielle Schula-dresse), dass für sie ab dem folgenden Montag ein anderer Hygienestandard gilt. Zusätzlich findet man diese Informationen auf der Webseite der Bildungsdirektion. Daraufhin hat die Schule umgehend alle am Standort betroffenen Personen zu informieren und die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

Wie funktioniert richtiges Lüften im Schulalltag?

Durch konsequentes, regelmäßiges Lüften der Klassenzimmer – auch während des Unterrichts – können die Viruskonzentration und damit das Infektionsrisiko wesentlich reduziert werden. Das Festlegen fixer Intervalle (z.B. alle 20 Minuten) hilft dabei, dies gewissenhaft umzusetzen.

Um sich vor infektiösen Partikeln zu schützen, sollte pro Stunde ein dreifacher Luftwechsel erfolgen. Das bedeutet, dass die Raumluft dreimal pro Stunde komplett gegen Frischluft von außen ausgetauscht wird.

Dies wird idealerweise wie folgt erreicht:

Während des Unterrichts wird ca. alle 20 Minuten mit geöffneten Fenstern gelüftet. Alle Fenster müssen weit geöffnet werden (Stoßlüften). Je größer die Temperaturdifferenz zwischen innen und außen ist, desto effektiver ist das Lüften. Daher ist bei kalten Außentemperaturen im Winter ein Lüften von ca. 3-5 Minuten ausreichend. An warmen Tagen muss länger gelüftet werden (ca. 10 Minuten).

Zudem sollte nach jeder Unterrichtsstunde über die gesamte Pausendauer gelüftet werden, auch während der kalten Jahreszeit (unter Berücksichtigung der Aufsichtspflicht).

Noch besser als Stoßlüften ist Querlüften. Das bedeutet, dass gegenüberliegende Fenster gleichzeitig weit geöffnet werden. Dies kann auch durch weit geöffnete Fenster auf der einen Seite und der Fenster im Gang auf der gegenüberliegenden Seite erfolgen.

Sowohl beim Stoßlüften wie beim Querlüften sinkt die Temperatur im Raum nur um wenige Grad ab. Nach dem Schließen der Fenster steigt sie rasch wieder an.

Unzureichend ist eine teilweise Öffnung von Fenstern oder eine Lüftung durch Kippstellung von Fenstern sowie das Lüften ausschließlich über geöffnete Türen ohne gleichzeitiges Öffnen von Fenstern. Eine Kippstellung der Fenster führt nicht zu einem ausreichenden Luftaustausch, auch wenn das Fenster den ganzen Tag gekippt bleibt. In der kalten Jahreszeit führt dieses hygienisch ineffiziente Lüften zudem dazu, dass Wärme aus dem Raum unnötig entweicht.

Gilt die von der Gesundheitsbehörde für eine Region festgelegte Ampelfarbe immer automatisch auch für die Schulen im betroffenen Bezirk?

Solange die Corona-Ampel der Gesundheitsbehörden für eine Region „grün“ bleibt, sind die allgemeinen Hygienestandards anzuwenden. Die Bildungs- und Gesundheitsbehörden können aber gemeinsam eine Verschärfung der Präventionsmaßnahmen (gelb, orange, rot) für einzelne, mehrere oder alle Schulen, Schulstandorte oder Teile von diesen anordnen. Die betroffenen Schulen werden von einer solchen Verordnung von der Bildungsdirektion in Kenntnis gesetzt.

Wenn die Corona-Ampel der Gesundheitsbehörden für eine Region „gelb“, „orange“ oder „rot“ ist, bedeutet das nicht automatisch für alle Schulen in den betroffenen Regionen, dass sie die den Farben entsprechenden Präventionsmaßnahmen umzusetzen haben. Vielmehr muss auch dann behördlich angeordnet werden, dass für einzelne, mehrere oder alle Schulen, Schulstandorte oder Teile von diesen ein von „grün“ abweichender Präventionsstandard gilt. Auch über eine solche Verordnung werden die betroffenen Schulen von der Bildungsdirektion in Kenntnis gesetzt.

Wie erfahre ich von der Änderung des Ampelstatus für meine Schule?

Die Bildungsdirektion informiert alle Schulen über eine Änderung in der Präventionsstufe bzw. Ampelfarbe. Die Änderungen sind auf der Startseite der Homepage der Bildungsdirektion immer aktuell in einer Landkarte einsehbar.

Kann die Schule selbst eine andere Ampelfarbe anordnen und damit die Präventionsmaßnahmen verschärfen?

Nein, es gilt die von der Bildungsdirektion für einen Standort bzw. die vom BMBWF für die österreichischen Schulen festgelegte Ampelfarbe.

Wann ist ein Mund-Nasen-Schutz (MNS) in den Schulen zu tragen? (Update 07.12.2020)

Für Volks- und Sonderschulen gilt ab 7.12.2020 die Ampelfarbe „ORANGE“ und folgende Regelung:

Das verpflichtende Tragen eines MNS gilt nur außerhalb der Klassen- und Gruppenräume.

An allen anderen Schulen gilt ebenfalls Ampelfarbe „ORANGE“ und folgende Regelung:

Alle Personen, die sich im Schulgebäude aufhalten, sind verpflichtet im gesamten Schulgebäude (auch innerhalb der Klassen und am Sitzplatz) einen MNS zu tragen.

Für Schulen in politischen Bezirken mit „ORANGER“ oder „ROTER“ Gesundheits-Ampel gilt:

Die Schulleitung kann das dauerhafte Tragen eines MNS für bis zu zehn aufeinanderfolgende Schultage anordnen. Diese Anordnung kann sich auf einzelne Personengruppen oder auch auf alle im Schulgebäude Anwesenden beziehen.

Dürfen an der Schule Gesichtsvisiere an Stelle eines MNS getragen werden?

Nein. Mit der Änderung der COVID-19-Schulverordnung 2020/21, die ab 3. November 2020 in Kraft tritt, ist ausschließlich das Tragen einer den MNS abdeckenden und eng anliegenden mechanischen Schutzvorrichtung im Schulbereich vorgesehen.

Daraus ergibt sich, dass das Tragen von Gesichtsvisieren als Mund-Nasen-Schutz im Schulbereich nicht mehr zulässig ist.

Auch Schals und Tücher sind eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung im Sinne der COVID-19-SchuMaV und ausreichend, sofern sie eben eng anliegen.

Generell ist es sehr wichtig, auf die Hygienemaßnahmen zu achten. Was auch immer als Schutz getragen wird, sollte spätestens nach Durchfeuchtung gewaschen werden. Es sollte daher darauf geachtet werden, dass SchülerInnen einen zweiten MNS im Bedarfsfall bei sich haben.

Muss im Konferenzzimmer ein MNS getragen werden? (Update 07.12.2020)

Ab der Ampelfarbe „ORANGE“ gilt die Verpflichtung zum Tragen eines MNS uneingeschränkt.

Es gibt keine Ausnahmen mehr für Konferenzzimmer bzw. Räumlichkeiten, die Lehrpersonen und MitarbeiterInnen der Schulverwaltung vorbehalten sind. Davon kann auch dann nicht abgesehen werden, wenn der Mindestabstand eingehalten werden kann.

Gibt es für SchülerInnen Ausnahmen von einer allfälligen Verpflichtung, einen MNS zu tragen?

SchülerInnen, welchen aufgrund ihrer Behinderung oder Beeinträchtigung das Tragen eines MNS nachgewiesenermaßen nicht zugemutet werden kann, sind von der Verpflichtung ausgenommen. Für die Befreiung ist in jedem Fall ein ärztliches Attest vorzulegen. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Ausstellung des Attestes gibt es keine Vorgabe.

Wie ist mit SchülerInnen umzugehen, die ohne Vorlage eines ärztlichen Attests das Tragen eines MNS verweigern?

Viele Schulstandorte sehen sich mit Fällen der Verweigerung des Tragens eines MNS konfrontiert. Ein Verweigern ohne Vorlage eines entsprechenden Attests darf keinesfalls toleriert werden!

Gemäß § 4 Abs. 3 der C-SchV 2020/21 gehört die Einhaltung der Hygienebestimmungen zu den Pflichten der SchülerInnen. Eine Ausnahme ist lediglich dann vorgesehen, wenn ein ärztliches Attest vorgelegt wird.

Kann kein entsprechendes ärztliches Attest vorgelegt werden, ist zuerst mit den „Erziehungsmitteln“ gem. § 47 Abs. 1 SchUG bzw. § 8 Abs. 1 Schulordnung vorzugehen. Dazu zählt etwa die Zurechtweisung der betroffenen SchülerInnen oder ein beratendes bzw. belehrendes Gespräch.

Der Zugang zur Schule kann für SchülerInnen rechtlich jedoch nicht verweigert werden.

Sofern mit diesen Erziehungsmitteln nicht das Auslangen gefunden werden kann, gibt es die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Suspendierung. Eine Suspendierung ist durch die Bildungsdirektion zu verfügen. Die Schulleitung hat daher mit dieser Kontakt aufzunehmen.

Wie ist mit sonstigen Personen (Lehrpersonen, Schulpersonal, schulfremde Personen) umzugehen, die das Tragen eines MNS verweigern?

Die C-SchVO sieht lediglich für SchülerInnen die Möglichkeit zur Befreiung vom Tragen eines MNS durch Vorlage eines ärztlichen Attests vor. Für alle anderen Personen gibt es keine rechtliche Grundlage für eine Befreiung, selbst wenn ein ärztliches Attest vorgelegt wird.

Lehrpersonen sind zur Dienstverrichtung am Standort verpflichtet, der sie ohne Tragen eines MNS nicht nachkommen dürfen. Insofern muss die Schulleitung die Lehrperson anweisen, entsprechend den Vorgaben eine Form des MNS zu tragen. Bei fortgesetzter Verweigerung sollte diese Anweisung in schriftlicher Form erfolgen. Wird dieser Weisung weiterhin nicht entsprochen, liegt eine Verletzung der Dienstpflicht vor. Um weitere Maßnahmen setzen zu können, ist die zuständige Dienstrechtsabteilung in der Bildungsdirektion umgehend darüber zu informieren.

Bei Erziehungsberechtigten und anderen schulfremden Personen können Sie von Ihrem Hausrecht Gebrauch machen und den Zutritt ohne MNS verwehren.

Müssen unseriöse ärztliche Atteste anerkannt werden?

Gemäß § 55 Ärztegesetz darf ein Arzt ärztliche Zeugnisse nur nach gewissenhafter ärztlicher Untersuchung und nach genauer Erhebung der im Zeugnis zu bestätigenden Tatsachen nach seinem besten Wissen und Gewissen ausstellen. Bestehen Zweifel am rechtmäßigen Zustandekommen des Attests, muss dieses nicht akzeptiert werden.

Wenn Sie als Schulleitung die Rechtmäßigkeit eines solchen Attestes anzweifeln, können Sie die Vorlage eines anderen ärztlichen Attestes einfordern und müssen das Attest nicht weiter berücksichtigen.

Für die Atteste von Dr. Eifler gilt:

Über Dr. Eifler wurde mit 30.09.2020 ein Berufsverbot von der Ärztekammer Steiermark verhängt. Alle Atteste die seit dem 1.10.2020 von Dr. Eifler ausgestellt wurden, sind nicht mehr zu akzeptieren.

Aufgrund dieser Tatsache, besteht des weiteren die Möglichkeit, Atteste, die von Dr. Eifler bereits zuvor ausgestellt wurden, nicht mehr zu akzeptieren, wenn die Schulleitung die Rechtmäßigkeit anzweifelt.

Wie ist mit ausländischen Attesten umzugehen?

Atteste von ausländischen Ärzten (z.B. aus Deutschland) sind nur dann zu akzeptieren, wenn diese Ärzte auch eine Niederlassung in Österreich haben.

Wird Ihnen ein derartiges Attest vorgelegt, nehmen Sie bitte mit dem Krisen- und Kommunikationsmanagement der Bildungsdirektion Kontakt auf.

Wie soll mit Schreiben/E-Mails mit dem Betreff „Verfassungsgerichtshof“ umgegangen werden?

(Update 07.12.2020)

Wir empfehlen, diese E-Mails und Schreiben zu ignorieren und vor allem nicht inhaltlich darauf einzugehen. Bitte lassen Sie sich davon keinesfalls beunruhigen! Aus unserer Sicht handelt es sich bei diesen Agitationen lediglich um Versuche, Sie und das Schulsystem zu verunsichern, um eigene Vorstellungen, die der gültigen Rechtslage widersprechen, durchzusetzen.

Unabhängig von einer späteren Aufhebung von Regelungen sind Sie dazu verpflichtet, gültige Bestimmungen (egal ob in einer Verordnung oder einem Gesetz) einzuhalten bzw. deren Einhaltung einzufordern. Solange eine rechtskräftige Verordnung in Kraft ist, hat man sich an diese zu halten, auch wenn er diese für rechtswidrig halten würde.

Ein etwaiges Haftungsrisiko wie dies in dem Schreiben ausgeführt wird, besteht nicht. Ganz im Gegenteil handeln Sie nicht rechtmäßig, wenn die Bestimmungen nicht eingehalten werden.

Wie ist mit Schreiben bzw. Formularen von Erziehungsberechtigten umzugehen, denen zufolge in gewisse Maßnahmen (Tragen von MNS, Testungen, medizinische Behandlung,...) nicht eingewilligt wird?

Für den **Mund-Nasen-Schutz** lassen sich diese Dokumente nicht als ärztliches Attest qualifizieren und entbinden somit die Schülerinnen und Schüler nicht von ihrer Verpflichtung, einen MNS zu tragen. Dafür ist in jedem Fall ein ärztliches Attest vorzulegen.

Es kursieren auch Formulare, denen zufolge die Erziehungsberechtigten ausdrücklich nicht einwilligen, dass bei Kindern ein **PCR-Test (Nasen- Rachen-Abstrich)** vorgenommen wird. Die Verweigerung bzw. Nichteinwilligung in eine Testung ist für Sie als Schulleitung irrelevant, weil von Ihnen keine Testungen angeordnet werden können. Nach welchen Vorgaben und unter welchen Voraussetzungen (Stichwort Einwilligung) die Testungen angeordnet und durchgeführt werden, obliegt den Gesundheitsbehörden.

Sofern eine Schule vom BMBWF für die **Gurgeltestung** ausgewählt wurde, ist eine Teilnahme einer Person ohnehin freiwillig. Dafür sind entsprechende Einverständniserklärungen zu unterschreiben.

Sollten die Erziehungsberechtigten auch darauf bestehen, dass **Krankheitssymptome NICHT gemeldet werden dürfen (1450, Gesundheitsbehörden)**, gilt Folgendes: Eine Infektion mit COVID-19 stellt eine anzeigepflichtige Krankheit iSd Epidemiegesetzes dar. Wenn der begründete Verdacht besteht, dass eine Person daran erkrankt ist, besteht die Verpflichtung, diesen zu melden. Zur medizinischen Abklärung, ob es sich um einen COVID-19-Verdachtsfall handelt, steht Ihnen die Hotline 1450 zur Verfügung.

Sollte sich nach medizinischer Abklärung (1450, Schularzt) der Verdachtsfall bestätigen, ist die Anzeige bei der Gesundheitsbehörde sogar verpflichtend. In jedem Fall ist eine parallele Einbeziehung der Erziehungsberechtigten ratsam und wichtig.

Andere **medizinische Eingriffe (Impfungen, Medikamenteverabreichung, etc.)** werden in diesen Formularen oftmals auch angeführt. Hierbei gelten dieselben Regelungen, wie sonst auch: Ohne Einwilligung der Eltern dürfen solche Maßnahmen natürlich nicht gesetzt werden.

Es kursieren außerdem Befreiungen, Schreiben etc., die sich auf die **COVID-19-Maßnahmenverordnung** berufen. Diese sind im schulischen Bereich gegenstandslos, da die Schulen vom Geltungsbereich dieser Verordnung ausgenommen sind.

Was versteht man unter dem Prinzip „Klasse als Haushaltsgemeinschaft“?

Im Klassenverband und in SchülerInnengruppen, die regelmäßig viel Zeit miteinander verbringen, kann aufgrund des wichtigen sozialen Aspekts von einem dauerhaften Mindestabstand bzw. dem dauerhaften Tragen von MNS abgesehen werden. Umarmungen oder anderer unmittelbarer Körperkontakt sollen jedoch unterbleiben.

Klassenübergreifende Gruppen sollen so weit wie möglich vermieden werden. Dadurch soll sichergestellt sein, dass im Falle von Infektionen, das Ansteckungsrisiko und die Infektionswege kontrollierbar bleiben.

Entsprechend dem Prinzip der Haushaltsgemeinschaft sollen schon in der Ampelphase "GRÜN" Pausenkonzepte zur Vermeidung starker Durchmischung schulautonom festgelegt werden.

Bei Pflichtgegenständen (bspw. Religion, Sprachförderung, Fremdsprachenunterricht, Nachmittagsbetreuung), aber auch bei Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen, ist die Vermeidung von klassenübergreifenden Gruppen aber in der Praxis kaum realisierbar. Schulautonome Beschlüsse sind durch die Verordnung nicht automatisch außer Kraft gesetzt. Fix eingerichtete Gruppen bilden gleichsam eine eigene „Haushaltsgemeinschaft“.

Ab der Ampelphase "ORANGE" wird dringend empfohlen, dass Durchmischungen vermieden werden. Zu diesem Zweck kann es auch zu Änderungen der Stundenpläne kommen.

Müssen die Oberflächen in der Klasse und den Sonderunterrichtsräumen nach Unterrichtsende desinfiziert werden?

Nein. Es bedarf keiner dauernden Desinfektion von Oberflächen. Auf eine ordentliche gründliche Reinigung ist zu achten.

Welche Schulen nehmen an der „Gurgelstudie“ teil?

Die Gurgelstudie ist eine Stichprobenstudie. Die teilnehmenden Schulen wurden vom BMBWF anhand unterschiedlicher Parameter ausgewählt. Von den österreichweit rund 250 Schulen nehmen 42 Schulstandorte aus OÖ teil. Die ausgewählten Schulen wurden von der Bildungsdirektion informiert.

Schulen können sich nicht um eine Teilnahme an der Studie bewerben.

Der Gurgeltest ist zunächst als Monitoring-Verfahren geplant und daher auf freiwilliger Basis.

Wo finde ich Informationsmaterial und Vorlagen (Plakate, Checklisten etc.), die für die Schulen geeignet sind?

Auf der Seite <https://www.gemeinsamlesen.at/> finden Sie unter „Corona-Paket für Schulen“ viele Informationen, Checklisten, Vordrucke, usw. Das Material wurde im Auftrag des BMBWF extra für den Einsatz an Schulen entwickelt.

Was ist bei der Schulraumüberlassung an Externe zu beachten? Dürfen etwa Vereine die Turnsäle benützen?

Eine Schulraumüberlassung an Externe kann bei jeder Ampelphase stattfinden, sofern die allgemeinen gesundheitspolitischen Vorgaben eingehalten werden können.

Ab der Ampelphase „ORANGE“ darf jedenfalls kein Kontakt mehr zu den Schülerinnen und Schülern stattfinden.

Für allgemeine Pflichtschulen und Berufsschulen gilt:

Der Schulerhalter hat im Einzelfall mit BenützerInnen abzuklären, welche Hygienemaßnahmen (Reinigung, Desinfektion usw.) getroffen werden müssen und Aufzeichnungen (Listen) zu führen, welchen Personen der Schulraum überlassen wurde.

Vor dem Hintergrund etwaiger COVID-19 Verdachtsfälle sollten BenützerInnen jedenfalls Anwesenheitslisten führen, um bei einem Verdachtsfall oder einer positiven Testung die betroffenen Personen informieren zu können.

Die Schulleitung kann nicht dafür herangezogen werden, diese außerschulische Nutzung zu administrieren.

Für Bundesschulen gilt:

Die Schulleitungen (Vermieter) haben im Einzelfall mit BenützerInnen (MieterInnen) abzuklären, welche Hygienemaßnahmen (Reinigung, Desinfektion usw.) getroffen werden müssen. Es sind außerdem jedenfalls Aufzeichnungen (Listen) zu führen, welchen Personen der Schulraum überlassen wurde.

Vor dem Hintergrund etwaiger COVID-19 Verdachtsfälle sollten BenützerInnen jedenfalls Anwesenheitslisten führen, um bei einem Verdachtsfall oder einer positiven Testung die betroffenen Personen informieren zu können.

Bei Auftreten eines COVID-19 Falles unter jenen Personen, welche den Schulraum benutzt haben, trifft die Schulleitungen als Vermieter keine Haftung.

PERSONALEINSATZ

Welche Grundsätze gelten für den Lehrpersonaleinsatz?

Alle Lehrpersonen sind grundsätzlich bis zu ihrem Beschäftigungsausmaß tatsächlich zu beschäftigen (ortsgebunden oder ortsungebunden).

Zusätzliche MDL können nur dann gegeben werden, wenn der Bedarf nicht durch eine andere Maßnahme (insbesondere durch Einsatz von Lehrpersonen aus entfallenen Gegenständen) zu bedecken ist.

Sollte es an Ihrem Standort zu Personalengpässen kommen, kontaktieren Sie das Team in Ihrer Bildungsregion.

An Lehrpersonen, die vom Präsenzunterricht befreit sind, werden keine MDL ausbezahlt.

Nicht mehr benötigte Dauer-MDL sind abzubauen (entfallene Freigegegenstände, unverbindliche Übungen, Erzieher/innendienste).

Welche Lehrpersonen können für die Beschulung eingesetzt werden?

Grundsätzlich besteht Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte im Umfang ihres Beschäftigungsausmaßes. Eine Befreiung vom Präsenzunterricht ist möglich, wenn keine adäquate Änderung der Arbeitsbedingungen vor Ort möglich ist.

Im „Homeoffice“ sind insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Unterricht im Distance-Learning
- Aufgaben im Zusammenhang mit Distance-Learning
- Unterstützung der den Unterricht übernehmenden Lehrpersonen
- Teilnahme an Konferenzen und Teambesprechungen
- Betreuung von SchülerInnen, die vom Präsenzunterricht befreit sind
- Kommunikation mit Eltern und Erziehungsberechtigten.

Für Bundeslehrpersonen sind drei Fallgruppen zu unterscheiden:

1) Zugehörigkeit von Lehrkräften zur COVID-19-Risikogruppe:

Die Lehrpersonen, die der Risikogruppe angehören, haben der Schulleitung ein aktuelles COVID-19 Risiko-Attest vorzulegen.

2) Lehrkräfte, die mit einer Person, die der COVID-19-Risikogruppe angehört, im selben Haushalt leben:

Die Lehrpersonen haben ein aktuelles COVID-19 Risiko-Attest der im selben Haushalt lebenden Person sowie die jeweiligen Meldezettel der Schulleitung vorzulegen.

3) Personen, die psychisch belastet sind und ein fachärztliches Attest vorlegen:

Die Lehrperson hat der Schulleitung ein aktuelles fachärztliches Attest vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die (steigenden) COVID-19-Infektionszahlen eine besondere psychische Belastung darstellen.

Die Schulleitung hat die ärztlichen Atteste an die Bildungsdirektion weiterzuleiten (Mail an kkm@bildung-ooe.gv.at).

Für alle Gruppen gilt, dass kein Beschäftigungsverbot vorliegt, sodass eine freiwillige Tätigkeit an der Schule jederzeit möglich ist.

Für alle anderen Lehrpersonen gilt eine uneingeschränkte Unterrichtsverpflichtung. Eine Befreiung vom Präsenzunterricht für Personen, die älter als 60 Jahre sind, ist nicht vorgesehen.

Für Landeslehrpersonen sind zwei Fallgruppen zu unterscheiden:

1) Zugehörigkeit von Lehrkräften zur COVID-19-Risikogruppe:

Die Lehrpersonen, die der Risikogruppe angehören, haben der Schulleitung ein aktuelles COVID-19 Risiko-Attest vorzulegen.

2) Lehrkräfte, die mit einer Person, die der COVID-19-Risikogruppe angehört, im selben Haushalt leben:

Die Lehrpersonen haben ein aktuelles COVID-19 Risiko-Attest der im selben Haushalt lebenden Person sowie die jeweiligen Meldezettel der Schulleitung vorzulegen.

Die Schulleitung hat die ärztlichen Atteste an die Bildungsdirektion weiterzuleiten (Mail an kkm@bildung-ooe.gv.at).

Für alle Gruppen gilt, dass kein Beschäftigungsverbot vorliegt, sodass eine freiwillige Tätigkeit an der Schule jederzeit möglich ist.

Für alle anderen Lehrpersonen gilt eine uneingeschränkte Unterrichtsverpflichtung. Eine Befreiung vom Präsenzunterricht für Personen, die älter als 60 Jahre sind, ist nicht vorgesehen.

Welche Atteste sind vorzulegen?

Wenn eine Lehrperson bereits im Sommersemester 2020 ein COVID-19-Risiko-Attest vorgelegt hat, gilt dieses nicht automatisch auch für dieses Schuljahr. Es ist von der Schulleitung ein aktuelles Attest (**laut Vorgabe des BMBWF nicht älter als eine Woche**) einzufordern, um die Prüfung des Einsatzes im Unterrichtsbetrieb bestmöglich planen zu können.

Wie ist damit umzugehen, wenn die Schulleitung, Abteilungsvorstellung, Fachvorstellung oder eine Bundeslehrperson mit administrativen Aufgaben zur COVID-19-Risikogruppe gehören?

Legt eine Schulleitung, Abteilungsvorstellung, Fachvorstellung oder eine Bundeslehrperson, die mit der administrativen Unterstützung der Schulleitung betraut ist, entweder selbst ein COVID-19-Risiko-Attest vor oder lebt sie mit einer der COVID-19 Risikogruppe zugehörigen Person im selben Haushalt ist folgendermaßen vorzugehen:

Die betroffene Person ist (soweit eine entsprechende Verpflichtung bestünde) vom Präsenzunterricht, von der Betreuung und Beaufsichtigung von Schülerinnen und Schülern, von der Aufsichtsführung bei Prüfungen und von der Mitgliedschaft in Prüfungskommissionen freizustellen.

Wenn keine adäquaten Arbeitsbedingungen am Schulstandort geschaffen werden können, sind die mit der leitenden Funktion oder der Administration verbundenen Aufgaben im Homeoffice wahrzunehmen. Die Dienstbehörde/Personalstelle ist unter Vorlage des COVID-19-Risikoattests und der Meldezettel entsprechend zu informieren.

Können schwangere Kolleginnen eingesetzt werden? (Update 07.12.2020)

Inwieweit die angekündigten Änderungen des Mutterschutzgesetzes, die ab 20.12. gelten sollten, Auswirkungen auf den Einsatz von schwangeren Kolleginnen haben werden, ist derzeit in Abstimmung mit dem Bundesministerium. Wir werden dazu ehestmöglich informieren.

Derzeit gilt unverändert:

Schwangere Kolleginnen gehören nicht grundsätzlich zur Risikogruppe. Sie verfügen damit im Normalfall nicht über ein COVID-19-Risiko-Attest und müssen ihren Dienst unter Einhaltung der Hygienebestimmungen und des Mutterschutzgesetzes verrichten.

Zur Sicherstellung eines maximalen Infektionsschutzes für schwangere Lehrpersonen, sind selbstverständlich gerade gegenüber dieser Personengruppe die Hygienevorschriften genau einzuhalten und darüber hinaus auch im Personalmanagement an der Schule auf die besondere Situation von Schwangeren Rücksicht zu nehmen.

Wenn an einem Standort die Hygienebestimmungen nicht eingehalten werden können, etwa an einer allgemeinen Sonderschule oder in einer Integrationsklasse, ist trotzdem zu prüfen, ob ein anderer Einsatz der Kollegin zur Dienstverrichtung möglich ist.

In jedem Fall müssen die Vorschriften des Mutterschutzgesetzes beachtet und umgesetzt werden. Demnach sind Schwangere zu keinen Überstunden einzuteilen, was bedeutet, dass bei dauernden Mehrdienstleistungen die LfV allenfalls abzuändern ist und keine Vertretungen in Frage kommen. Darüber hinaus wäre zu hinterfragen, ob Tätigkeiten, die mit einem intensiven Kontakt mit einer größeren Zahl von Kolleg/innen oder anderen Personen (zB Mitarbeit schulinternen Arbeitsgruppen oder im Qualitätsmanagement, Gangaufsicht etc.) nicht anderen Lehrpersonen übertragen werden können.

Welche Lehrkräfte bekommen eine FFP2-Maske zur Verfügung gestellt? (Update 07.12.2020)

Am 1. November hat das BMBWF angekündigt, dass nunmehr allen Lehrkräften FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden. Wer möchte, kann diese Masken mit höherem Schutz freiwillig im Unterricht tragen.

Ein Grundkontingent wurde bereits an Ihren Schulstandort ausgeliefert. Eine weitere ausreichende Bestellung an FFP2-Masken für Lehrpersonen und Verwaltungsbedienstete an öffentlichen Schulen, Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht und an Praxisschulen wurden seitens der Bildungsdirektion am 20. November 2020 bestellt. Mit der Auslieferung dieser Masken wird in der Kalenderwoche 50 begonnen (die Auslieferungsdauer wird voraussichtlich 2 Wochen in Anspruch nehmen).

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die FFP2-Masken in der Schule aufzubewahren sind und nur für jene Personen gedacht sind, die diese auch tatsächlich während des Schulalltages verwenden möchten. Wir bitten Sie diesbezüglich um einen sorgsamen und verantwortungsvollen Umgang.

Anfang Februar wird es über die Bildungsdirektion eine Bedarfserhebung geben, um eventuell neue Bestellungen durchzuführen.

Können Schulen Fieberthermometer für die Abklärung der Verdachtsfälle bestellen? (Update 07.12.2020)

Wie im Schreiben des BMBWF „Verdachtsfallmanagement Manual für Schulleitungen“ angekündigt, sind für alle Volks- und Sonderschulen zur Verdachtsfallabklärung kontaktlose Fieberthermometer bestellt worden.

Die Auslieferung der Geräte erfolgt direkt an Ihren Schulstandort und wird voraussichtlich bereits in der KW 50 erfolgen.

Dürfen Lehramtsstudierende an Schulen ihre pädagogisch-praktischen Studien absolvieren?

Ein Praktikumseinsatz von Studierenden ist in den Schulampelphasen „GRÜN“ und „GELB“ uneingeschränkt möglich.

Ab der Schulampelphase „ORANGE“ ist das Praktikum der Studierenden am Schulstandort nicht mehr möglich! Für Lehramtsstudierende muss je Schulstandort ein Distance-Modell entwickelt werden, das den Studienfortgang und Praxiserwerb auch ohne Anwesenheit der Studierenden am Schulstandort sicherstellt.

Kann eine behördlich abgesonderte Lehrperson, die nicht krank ist, zur Dienstverrichtung im Homeoffice herangezogen werden?

Ja, die Lehrperson ist verpflichtet, geeignete Aufgaben von zu Hause aus zu erledigen. So kann sie etwa zur Betreuung der Schülerinnen und Schüler, die sich im Distance-Learning befinden, herangezogen werden.

UNTERRICHTSALLTAG

Dürfen Erziehungsberechtigte ihre Kinder in die Schule begleiten?

Ja, unter Einhaltung der Hygienebestimmungen können Eltern ihre Kinder in die Schule begleiten. Sie haben als schulfremde Personen einen MNS zu tragen.

Ab der Ampelfarbe „ORANGE“ sind generell keine schulfremden Personen mehr am Standort erlaubt.

Gestaffelter Einlass: Ist auch weiterhin ein gestaffelter Unterrichtsbeginn möglich?

Insbesondere das Eintreffen in der Schule, Beginn und Ende der Unterrichtseinheiten, der Pausen, die Mittagsverpflegung, das Abholen oder Verlassen der Schule von SchülerInnen der verschiedenen Klassen kann zeitversetzt gestaltet werden, um eine Durchmischung der Schülerinnen und Schüler zu verhindern.

Wie können Pausen gestaltet werden?

Bereits in der Ampelphase „GRÜN“ sollen sich Schulen über mögliche Pausenkonzepte Gedanken machen, um Durchmischungen in den Pausen möglichst hintanzuhalten.

Ist ein Unterricht in Bewegung und Sport möglich? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Grundsätzlich findet Bewegung und Sport in jeder Ampelphase statt. Es wurde eine detaillierte Checkliste des BMBWF am 4.9.2020 übermittelt, die für jede Phase konkrete Anleitungen gibt: *Detailinfo zu Sport und Bewegung (4.9.2020)*, abrufbar unter www.bmbwf.gv.at.

Ist ein Unterricht in Musikerziehung möglich? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Grundsätzlich findet Musikerziehung in jeder Ampelphase statt. Insbesondere für das Singen (oder auch für das Musizieren mit Blasinstrumenten) gibt es einschränkende Vorgaben. Es wurde eine detaillierte Checkliste des BMBWF am 4.9.2020 übermittelt, die für jede Phase konkrete Anleitungen gibt: *Detailinfo zu Musikerziehung und verwandten Gegenständen (4.9.2020)*, abrufbar unter www.bmbwf.gv.at.

Findet Religionsunterricht wie bisher statt?

Ja. Für den Unterrichtsgegenstand Religion als Pflichtfach gelten die gleichen Vorgaben wie für alle anderen Gegenstände.

Ab der Phase „ORANGE“ wird dringend empfohlen, die Durchmischung mehrerer Gruppen zu vermeiden.

Kann ein „Tag der offenen Tür“ durchgeführt werden?

Wenn eine Schule einen „Tag der offenen Tür“ veranstaltet, hat sie dabei die Vorgaben der COVID-19-Maßnahmenverordnung für Veranstaltungen einzuhalten. Bei einem „Tag der offenen Tür“ nach den bisherigen Gepflogenheiten kann aufgrund der hohen Anzahl an Personen, die an diesen Tagen die Schule besuchen, die Einhaltung der aktuell geltenden Bestimmungen nicht gewährleistet werden. Die Veranstaltungen können demnach derzeit nicht durchgeführt werden.

Schulrechtlich ist ein „Tag der offenen Tür“ aber auch eine schulbezogene Veranstaltung. Es gilt für die Durchführung bzw. den Besuch der jeweils gültige Status der eignen Schulampel. Außerdem ist die Teilnahme einer Risikoanalyse zu unterziehen. Ab dem Status „ORANGE“ ist damit die Durchführung bzw. der Besuch nicht mehr zulässig.

Dringend empfohlen wird die Durchführung durch virtuelle Führungen, Livestreams u. Ä.

Findet auch in den Ampelphasen „ORANGE“ und „ROT“ eine Nachmittagsbetreuung in der GTS statt?

Ja, eine Nachmittagsbetreuung hat unter Einhaltung der allgemeinen Hygienevorgaben weiterhin stattfinden und die Betreuungszeiten sind im selben Ausmaß aufrecht zu erhalten.

Ist eine Abmeldung vom Betreuungsteil einer ganztägigen Schulform derzeit möglich? **(Update 07.12.2020)**

Grundsätzlich ist eine Abmeldung vom Betreuungsteil gemäß § 12 Abs. 2 SchUG nur zum Ende des ersten Semesters möglich. Eine Abmeldung, zu einem anderen Zeitpunkt, ist nur dann gestattet, wenn besonders berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen. In solchen Fällen, wird eine Abstimmung mit dem Schulerhalter empfohlen.

UNTERRICHTSORGANISATION

Welche Schülerinnen und Schüler gehören einer Risikogruppe an?

Es werden vier Gruppen unterschieden:

- 1) Zugehörigkeit zur COVID-19-Risikogruppe
- 2) SchülerInnen, die mit Angehörigen einer COVID-19-Risikogruppe im selben Haushalt leben
- 3) SchülerInnen mit Grunderkrankungen, wenn die Befreiung vom Unterricht für medizinisch erforderlich gehalten wird
- 4) SchülerInnen, für die der Schulbesuch insbesondere bei steigenden Infektionszahlen eine besondere psychische Belastung darstellt

In allen diesen Fällen sind entsprechende Atteste vorzulegen.

Wie ist mit Schülerinnen und Schülern umzugehen, die der Risikogruppe angehören?

Auf Antrag von SchülerInnen, die einer Risikogruppe angehören, hat die Schulleitung nach Möglichkeit den ortsungebundenen Unterricht anzuordnen:

Wie dieser organisatorisch und zeitlich gestaltet ist, entscheidet die jeweilige Schule nach vorhandenen Ressourcen (vgl.: NEU: „Schule im Herbst“ – zentrale Zusatzinformationen für die Schulen.“)

Die Schulbehörde hat für diese SchülerInnen einen besonderen schulstandort-, schulstufen-, klassen- oder gruppenübergreifenden ortsungebundenen Unterricht einzurichten.

Dafür sollen vorrangig Lehrpersonen herangezogen werden, die keinen Präsenzunterricht am Schulstandort versehen (selbst Risikogruppen).

Die Ausgestaltung dieser Regelung befindet sich in Abklärung mit dem BMBWF. Nähere Informationen folgen.

Wenn mein Kind nicht den Unterricht besucht, wie kommt es zum Stoff, den mein Kind lernen soll?

Wenn das Kind die Schule nicht besucht, weil es zur Risikogruppe gehört oder mit jemandem aus der Risikogruppe in einem Haushalt lebt, soll es nach Möglichkeit über Distance Learning (ortsungebundener Unterricht) unterrichtet werden. Dieses Angebot hat die Schule zu organisieren.

Kann ich mein Kind im kommenden Schuljahr auch wieder vom Unterricht abmelden?

Nein, es gilt die Schulpflicht. Ein Fernbleiben ist nur unter den allgemeinen Rechtfertigungsgründen möglich. Davon ausgenommen sind lediglich SchülerInnen der Riskogruppe (siehe oben).

Wann wird auf Distance Learning umgestellt?

Für die Sekundarstufe II gilt:

Ab der Ampelphase „ORANGE“ wird der Unterricht auf Distance Learning (= ortsungebundener Unterricht) umgestellt. Es gibt aber die Möglichkeit, dass kleinere Gruppen weiterhin im Präsenzbetrieb unterrichtet werden.

Eine Ausnahme davon gilt für die Abschlussklassen, die vom 7.12. – 23.12.2020 im Präsenzunterricht beschult werden.

Für Sonderschulen gilt:

Es erfolgt keine Umstellung auf Distance Learning. Selbst in der Ampelphase „ROT“ hat weiterhin Präsenzunterricht stattzufinden.

Diese Regelung gilt auch für an andere Schularten angeschlossene Sonderschulklassen (für Kinder mit und ohne SPF). Für Volksschulklassen, die an Sonderschulen angeschlossen sind (eh. Schulversuch) gelten die Regelungen für die Volksschule (alle Kinder der Klasse, mit und ohne SPF).

SchülerInnen, die sich nicht in der Lage sehen, diese Schulen zu besuchen, kann die Erlaubnis zum Fernbleiben erteilt werden. Sie sind dann auch nicht im Distance Learning zu beschulen.

Für alle anderen Schularten gilt:

Distance Learning findet ausschließlich in der Ampelphase „ROT“ statt.

Wann darf in der Sek II ab 07.12.2020 noch Präsenzunterricht stattfinden? (Update 07.12.2020)

Ab 7. Dezember 2020 befinden sich alle Abschlussklassen der Sek II im Präsenzunterricht.

Nicht-Abschlussklassen der Sek II sind weiterhin im Distance-Learning zu unterrichten. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese zum Unterricht an die Schule zu holen, sofern nicht mehr als 25% aller SchülerInnen der Sek II gleichzeitig am Schulstandort anwesend sind. Zur Vorbereitung auf Schularbeiten kann dieser Anteil an SchülerInnen auch 50% betragen.

Es wird empfohlen, jeweils ganze Klassen im Präsenzunterricht zu führen und diese bei Bedarf nach Möglichkeit auf mehrere Räume aufzuteilen.

Haben SchülerInnen, die sich in Quarantäne befinden, einen Anspruch auf Distance-Learning?

Gemäß § 10 Abs. 1 und Abs. 2 der COVID-19-Schulverordnung 2020/21 haben SchülerInnen während einer behördlich verordneten Quarantäne dem Unterricht fernzubleiben. Sie haben jedoch das Recht, sich über die Unterrichtsinhalte zu informieren. Es liegt somit grundsätzlich in der Verantwortung der betroffenen SchülerInnen, sich Informationen über den Unterricht zu organisieren.

Einerseits besteht kein Anspruch auf Distance-Learning. Andererseits darf die Schule auch nicht zur Teilnahme am ortsungebundenen Unterricht verpflichtet, wenn ein solcher angeboten wird.

Wird ein eingeschränkter Präsenzbetrieb bzw. Betreuung angeboten, wenn auf Distance Learning umgestellt wird?

Für VS, MS, PTS, AHS-Unterstufe gilt:

SchülerInnen

- mit Betreuungsbedarf,

- die über keinen geeigneten und ausgestatteten Arbeitsplatz oder
 - die eine pädagogische Unterstützung benötigen,
- sind in der Schule zu beaufsichtigen und zu unterrichten („Notbetrieb“).

Die Schule hat dieses Angebot autonom zu organisieren. Das BMBWF empfiehlt als eine Möglichkeit, sog. Lernstationen einzurichten.

Können Schulveranstaltungen stattfinden? (Update 07.12.2020)

Schulveranstaltungen und schulbezogene Veranstaltungen dürfen derzeit nicht durchgeführt werden.

Was sind berufspraktische Tage und dürfen diese durchgeführt werden?

Berufspraktische Tage gelten gem. § 1 Abs. 2 Z. 4 der Schulveranstaltungsverordnung als Schulveranstaltungen und können derzeit deshalb nicht stattfinden.

Welche Regelungen sind bezüglich der Durchführung der Individuellen Berufsorientierung gem § 13b SchUG einzuhalten?

Da es sich bei der Individuellen Berufsorientierung um keine Schulveranstaltung nach § 13 SchUG handelt, sind keine speziellen Regelungen in der COVID-19-Schulverordnung 2020/21 vorgesehen.

Der Klassenvorstand kann somit einem entsprechenden Ansuchen auf individuelles Fernbleiben nachkommen. Dieser hat dabei jedoch bei der Erwägung der Erteilung der Erlaubnis zum Fernbleiben umsichtig zu handeln, die Ampelphasen zu berücksichtigen und ebenfalls darauf zu achten, ob die entsprechenden Hygienemaßnahmen sowie die bestehenden Betriebsordnungen eingehalten werden können.

Können Maturabälle stattfinden?

Maturabälle und ähnliche Veranstaltungen sind keine Schulveranstaltungen. Sie unterliegen daher nicht den Regelungen der COVID-19-Schulverordnung 2020/21, sondern richten sich nach den auf Veranstaltungen und Gastronomie anzuwendenden Vorgaben. Von der Planung und Durchführung von Maturabällen wird im Herbst/Winter 2020/21 abgeraten.

Unter welchen Bedingungen ist die Stornierung von Schulveranstaltungen möglich?

Grundsätzlich gelten die Stornierungsbedingungen des jeweiligen Vertrages, zusätzlich wird der Covid-19-Schulveranstaltungsausfall-Härtefonds auf mehrtägige Schulveranstaltungen, deren Durchführung im Unterrichtsjahr 2020/21 geplant war oder ist, ausgeweitet.

Es können 80% der Kosten für bis inklusive 11. März 2020 gebuchte bzw. 70% für nach dem 11. März 2020 bis Ende des Unterrichtsjahres 2019/20 gebuchte mehrtägige Schulveranstaltungen ersetzt werden, wenn aus einer Untersagung der Schulveranstaltung vertragliche Verpflichtungen erwachsen sind. Die Untersagung einer Schulveranstaltung erfolgt ab der Ampelphase „Orange“ (Schulampel und/oder Gesundheitsampel am Zielort) oder aufgrund einer negativen Risikoanalyse der Schule (z.B. Schulleitung in Absprache mit den involvierten Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern sowie Erziehungsberechtigten).

Die Abwicklung des Fonds erfolgt über die OeAD GmbH: <https://oead.at/de/schule/schulstornofonds>.

Für Schulveranstaltungen im Rahmen der Wien Aktion und für Schulveranstaltungen, die in Bundesschulheimen stattfinden, gilt jedenfalls bis Ende des Kalenderjahres ein kostenloses Storno (exklusive An- und Abreisekosten, die gegebenenfalls beim COVID-19-Schulveranstaltungsausfall-Härtefond eingereicht werden können).

Können KEL- bzw. SEL-Gespräche, Bewertungsgespräche, Elternsprechtage und -abende stattfinden?

Der Kontakt zu den Eltern ist gerade auch in diesen herausfordernden Zeiten besonders wichtig. In den Phasen „GRÜN“ und „GELB“ können KEL- bzw. SEL-Gespräche, Bewertungsgespräche, Elternsprechtage und –abende unter Einhaltung der allgemeinen Hygienevorschriften uneingeschränkt stattfinden.

Ab der Ampelfarbe „ORANGE“ sind keine schulfremden Personen mehr an der Schule zugelassen. Es ist auf digitale Formate umzustellen.

Für externe Personen gilt zu jedem Zeitpunkt eine MNS-Pflicht in der Schule.

Für allgemein bildende Pflichtschulen gilt:

Gemäß § 19 Abs 1 SchUG ist den Erziehungsberechtigten durch zwei Sprechstage im Unterrichtsjahr die Gelegenheit zu einer Einzelaussprache zu geben. Ein gänzlicher Entfall der Sprechstage ist daher gesetzlich nicht vorgesehen. Daraus ergibt sich, dass derartige Veranstaltungen so zu planen und durchzuführen sind, dass die Hygienebestimmungen eingehalten werden können:

- z.B. durch Livestreams bei Schulampelphase „ORANGE“
- oder durch Staffelung des Schulzutritts der Erziehungsberechtigten bei Schulampelphase „GRÜN“ oder „GELB“

Für den Bereich AHS, BMHS gilt:

Bei Bedarf können Sprechstage angeboten werden. Das heißt, ein schon eingeplanter Sprechtag kann daher auch unabhängig vom Ampelstatus abgesagt werden.

Den Erziehungsberechtigten muss aber jedenfalls die Gelegenheit zu einer Aussprache eingeräumt werden (wöchentliche Sprechstunde). Dieses Angebot kann auch virtuell stattfinden.

Wie sieht der Umgang mit Konferenzen und schulpartnerschaftlichen Gremien aus?

(Update 07.12.2020)

Konferenzen und schulpartnerschaftliche Gremien sind derzeit ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation möglich.

Zu Beratungen und Beschlussfassungen von Konferenzen, Kommissionen und schulpartnerschaftlichen Gremien ist mittels elektronischer Kommunikation einzuladen. Diese müssen auf elektronischem Wege (Videokonferenz) durchgeführt werden.

Beschlüsse können dabei **während der elektronischen Konferenz** gefasst, schriftlich protokolliert und anschließend im Umlaufweg auch elektronisch gezeichnet werden.

Welche externen Angebote sind möglich bzw. wer gilt als schulfremde Person?

In den Phasen „GRÜN“ und „GELB“ sind externe Angebote unter Einhaltung der allgemeinen Hygienevorschriften uneingeschränkt möglich. Die Entscheidung darüber, welche Angebote wahrgenommen werden, obliegt zu jedem Zeitpunkt der Schulleitung.

Ab der Phase „ORANGE“ sind Unterrichtsangebote außerschulischer Einrichtungen und Kooperationen mit externen Einrichtungen einzustellen. Ausnahmen davon sind Personen, die gesundheitliche, physische oder psychische Unterstützungs- und/oder Betreuungsleistungen am Schulstandort erbringen.

An der Schule anwesende externe Personen haben in jedem Fall immer einen MNS zu tragen und sich mit dem standortspezifischen Hygienekonzept vertraut zu machen.

Beispiele für externe Personen und die rechtlichen Möglichkeiten bei Ampelphase „ORANGE“:

ERLAUBT	NICHT ERLAUBT
Organe der BD: Schulaufsicht, DiversitätsmanagerInnen, SchulpsychologInnen	ZahngesundheitserzieherInnen
SchulsozialarbeiterInnen	Haltungs- und BewegungsberaterInnen
SchulassistentInnen	Besuch von KünstlerInnen
TrainerInnen an Schulen für Leistungssport	Potentialanalyse
Schulärzte sowie andere Ärzte (bspw. Impfungen)	
FremdsprachenassistentInnen (Native Speaker)	
Jugendcoaches	
Mentoren	
Personal der GTS/NABE, FreizeitpädagogInnen	
Bewegungcoaches	
BetreuungslehrerInnen	